Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2044

20. 07. 95

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 10. Mai 1984 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (9. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt)

A. Zielsetzung

Der Tod von 269 Menschen beim Abschuß einer Boeing 747 der Korean Airlines durch ein sowjetisches Militärflugzeug über der Insel Sachalin am 1. September 1983 und die darauf folgenden Auseinandersetzungen haben rechtliche Unklarheiten hinsichtlich der Mittel zutage gefördert, welche die Staaten zum Schutze ihres Luftraumes gegenüber Zivilflugzeugen anwenden dürfen.

B. Lösung

Das Protokoll zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt, welches von der 25. außerordentlichen Mitgliederversammlung der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) am 10. Mai 1984 einstimmig beschlossen worden war, stellt klar, daß die Staaten ungeachtet der Souveränität hinsichtlich des Luftraumes über ihrem Hoheitsgebiet und der Frage des generellen völkerrechtlichen Gewaltverbotes nach der UN-Satzung sowohl von der Anwendung von Waffengewalt gegen Verkehrsluftfahrzeuge Abstand zu nehmen haben, als auch das Leben der Passagiere an Bord und die Sicherheit dieser Luftfahrzeuge nicht gefährden dürfen.

Zivilluftfahrzeuge haben jedoch Anweisungen der jeweiligen Staaten zu befolgen, die diese ihnen in Wahrnehmung ihrer Staatshoheit nach Artikel 3bis des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt erteilen. Jeder Staat unterwirft jegliche Verletzung dieser Bestimmungen durch Zivilluftfahrzeuge, die bei ihm eingetragen sind oder von einem Halter betrieben werden, der seinen Hauptgeschäftssitz oder seinen ständigen Aufenthalt in dem Staat hat, strengen Sanktionen.

Das Änderungsprotokoll bedarf in der Bundesrepublik Deutschland eines Vertragsgesetzes.

Der neue Artikel 3bis des ICAO-Abkommens von 1944 tritt in Kraft, wenn mindestens 102 Staaten das Änderungsprotokoll ratifiziert haben. 75 Staaten (Stand: 6. Oktober 1994) haben dies bis jetzt getan.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Es entstehen keine Kosten.

Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus, da das Abkommen lediglich Maßnahmen auf administrativer Ebene umfaßt.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 971 05 – Zi 2/95

Bonn, den 20. Juli 1995

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 10. Mai 1984 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (9. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt) mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 687. Sitzung am 14. Juli 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Protokoll vom 10. Mai 1984 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (9. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt)

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Montreal am 10. Mai 1984 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1956 II S. 411), zuletzt geändert durch das Protokoll vom 16. Oktober 1974 (BGBl. 1983 II S. 763), wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Der Führer eines zivilen Luftfahrzeugs hat Anweisungen einer ausländischen Stelle zu befolgen, die diese ihm in Wahrnehmung ihrer Lufthoheit nach Artikel 3bis des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt erteilt.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer entgegen Absatz 1 eine Anweisung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig befolgt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist das Luftfahrt-Bundesamt.

Artikel 3

(1) Artikel 2 dieses Gesetzes tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Protokoll vom 10. Mai 1984 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Im übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Das Protokoll vom 10. Mai 1984 zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt verpflichtet die Vertragsstaaten, Verletzungen von Anweisungen, die in Wahrnehmung der Befugnisse nach Artikel 3bis dieses Abkommens erteilt werden, strengen Sanktionen zu unterwerfen. Dies setzt das in Artikel 2 Abs. 1 enthaltene Gebot, solche Anweisungen zu befolgen, voraus. Absatz 2 enthält die zur Umsetzung dieser Verpflichtung erforderliche Bußgeldbestimmung.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben. Zum Inkrafttreten des Protokolls sind 102 Hinterlegungen von Ratifikationsurkunden erforderlich; nach dem letzten offiziellen Stand vom 6. Oktober 1994 waren erst 75 Urkunden hinterlegt.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus, da das Abkommen lediglich Maßnahmen auf administrativer Ebene umfaßt.

Protokoll
zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt

Protocol
relating to an amendment
to the Convention on International Civil Aviation

Protocole
portant amendement
de la Convention relative à l'Aviation civile internationale

(Übersetzung)

The Assembly of the International Civil Aviation Organization

Having met in its Twenty-fifth Session (Extraordinary) at Montreal on 10 May 1984,

Having noted that international civil aviation can greatly help to create and preserve friendship and understanding among the nations and peoples of the world, yet its abuse can become a threat to general security,

Having noted that it is desirable to avoid friction and to promote that cooperation between nations and peoples upon which the peace of the world depends,

Having noted that it is necessary that international civil aviation may be developed in a safe and orderly manner,

Having noted that in keeping with elementary considerations of humanity the safety and the lives of persons on board civil aircraft must be assured,

Having noted that in the Convention on International Civil Aviation done at Chicago on the seventh day of December 1944 the contracting States

- recognize that every State has complete and exclusive sovereignty over the airspace above its territory,
- undertake, when issuing regulations for their state aircraft, that they will have due regard for the safety of navigation of civil aircraft, and
- agree not to use civil aviation for any purpose inconsistent with the aims of the Convention,

L'Assemblée de l'Organisation de l'Aviation civile internationale,

S'étant réunie à Montréal, le 10 mai 1984, en sa vingt-cinquième session (extraordinaire),

Ayant pris acte que l'aviation civile internationale peut grandement aider à créer et à préserver entre les nations et les peuples du monde l'amitié et la compréhension, alors que tout abus qui en serait fait peut devenir une menace pour la sécurité générale,

Ayant pris acte qu'il est désirable d'éviter toute mésentente entre les nations et les peuples et de promouvoir entre eux la coopération dont dépend la paix du monde,

Ayant pris acte qu'il est nécessaire que l'aviation civile internationale puisse se développer de manière sûre et ordonnée,

Ayant pris acte que, conformément aux considérations élémentaires d'humanité, la sécurité et la vie des personnes se trouvant à bord des aéronefs civils doivent être assurées,

Ayant pris acte du fait que, dans la Convention relative à l'Aviation civile internationale faite à Chicago le 7 décembre 1944, les États contractants

- reconnaissent que chaque État a la souveraineté complète et exclusive sur l'espace aérien au-dessus de son territoire,
- s'engagent à tenir dûment compte de la sécurité de la navigation des aéronefs civils lorsqu'ils établissent des règlements pour leurs aéronefs d'État, et
- conviennent de ne pas employer l'aviation civile à des fins incompatibles avec les buts de la Convention,

Die Versammlung der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation –

zusammengetreten zu ihrer fünfundzwanzigsten (außerordentlichen) Tagung in Montreal am 10. Mai 1984,

in Kenntnisnahme dessen, daß die internationale Zivilluftfahrt in hohem Maße dazu beitragen kann, Freundschaft und Verständnis zwischen den Staaten und Völkern der Welt zu schaffen und zu erhalten, ihr Mißbrauch jedoch zu einer Gefahr für die allgemeine Sicherheit werden kann,

in Kenntnisnahme dessen, daß es wünschenswert ist, zwischen den Staaten und Völkern Unstimmigkeiten zu vermeiden und die Zusammenarbeit zu fördern, von welcher der Friede der Welt abhängt,

in Kenntnisnahme dessen, daß es notwendig ist, daß sich die internationale Zivilluftfahrt in sicherer und geordneter Weise entwickeln kann,

in Kenntnisnahme dessen, daß im Einklang mit grundlegenden Erwägungen der Menschlichkeit die Sicherheit und das Leben von Personen an Bord von Zivilluftfahrzeugen gewährleistet sein müssen,

in Kenntnisnahme dessen, daß in dem am 7. Dezember 1944 in Chicago beschlossenen Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt die Vertragsstaaten

- anerkennen, daß jeder Staat über seinem Hoheitsgebiet volle und ausschließliche Lufthoheit besitzt,
- sich verpflichten, bei dem Erlassen von Vorschriften für ihre Staatsluftfahrzeuge auf die Sicherheit des Verkehrs von Zivilluftfahrzeugen gebührend Rücksicht zu nehmen,
- sich einverstanden erklären, die Zivilluftfahrt nicht für Zwecke zu benutzen, die mit den Zielen des Abkommens unvereinbar sind,

Having noted the resolve of the contracting States to take appropriate measures designed to prevent the violation of other States airspace and the use of civil aviation for purposes inconsistent with the aims of the Convention and to enhance further the safety of international civil aviation,

Having noted the general desire of contracting States to reaffirm the principle of non-use of weapons against civil aircraft in flight,

1. Decides that it is desirable therefore to amend the Convention on International Civil Aviation done at Chicago on the seventh day of December 1944,

2. Approves, in accordance with the provision of Article 94 (a) of the Convention aforesaid, the following proposed amendment to the said Convention:

Insert, after Article 3, a new Article 3bis:

"Article 3bis

(a) The contracting States recognize that every State must refrain from resorting to the use of weapons against civil aircraft in flight and that, in case of interception, the lives of persons on board and the safety of aircraft must not be endangered. This provision shall not be interpreted as modifying in any way the rights and obligations of States set forth in the Charter of the United Nations.

(b) The contracting States recognize that every State, in the exercise of its sovereignty, is entitled to require the landing at some designated airport of a civil aircraft flying above its territory without authority or if there are reasonable grounds to conclude that it is being used for any purpose inconsistent with the aims of this Convention; it may also give such aircraft any other instructions to put an end to such violations. For this purpose, the contracting States may resort to any appropriate means consistent with relevant rules of international law, including the relevant provisions of this Convention, specifically paragraph (a) of this Article. Each contracting State agrees to publish its regulations in force regarding the interception of civil aircraft.

(c) Every civil aircraft shall comply with an order given in conformity with paragraph (b) of this Article. To this

Ayant pris acte de la détermination des États contractants de prendre des mesures appropriées visant à empêcher la violation de l'espace aérien des autres États et l'utilisation de l'aviation civile à des fins incompatibles avec les buts de la Convention et de renforcer la sécurité de l'aviation civile internationale,

Ayant pris acte du désir général des États contractants de réaffirmer le principe du non-recours à l'emploi des armes contre les aéronefs civils en vol,

1. Décide qu'il est souhaitable d'amender en conséquence la Convention relative à l'Aviation civile internationale, faite à Chicago le 7 décembre 1944,

2. Approuve, conformément aux dispositions de l'article 94, alinéa a), de la Convention mentionnée ci-dessus, l'amendement ci-après qu'il est proposé d'apporter à ladite Convention:

Insérer, après l'article 3, un nouvel article 3bis:

«Article 3bis

a) Les États contractants reconnaissent que chaque État doit s'abstenir de recourir à l'emploi des armes contre les aéronefs civils en vol et qu'en cas d'interception, la vie des personnes se trouvant à bord des aéronefs et la sécurité des aéronefs ne doivent pas être mises en danger. Cette disposition ne saurait être interprétée comme modifiant de quelque manière que ce soit les droits et obligations des États en vertu de la Charte des Nations Unies.

b) Les États contractants reconnaissent que chaque État, dans l'exercice de sa souveraineté, est en droit d'exiger l'atterrissage, à un aéroport désigné, d'un aéronef civil qui, sans titre, survole son territoire ou s'il y a des motifs raisonnables de conclure qu'il est utilisé à des fins incompatibles avec les buts de la présente Convention; il peut aussi donner à cet aéronef toutes autres instructions pour mettre fin à ces violations. À cet effet, les États contractants peuvent recourir à tous moyens appropriés compatibles avec les règles pertinentes du droit international, y compris les dispositions pertinentes de la présente Convention, spécifiquement l'alinéa a) du présent article. Chaque État contractant convient de publier ses règlements en vigueur pour l'interception des aéronefs civils.

c) Tout aéronef civil doit respecter un ordre donné conformément à l'alinéa b) du présent article. À cette fin,

in Kenntnisnahme des Entschlusses der Vertragsstaaten, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Verletzung des Luftraums anderer Staaten und die Benutzung der Zivilluftfahrt für Zwecke, die mit den Zielen des Abkommens unvereinbar sind, zu verhindern und die Sicherheit der internationalen Zivilluftfahrt weiter zu erhöhen,

in Kenntnisnahme des allgemeinen Wunsches der Vertragsstaaten, den Grundsatz der Nichtanwendung von Waffen gegen im Flug befindliche Zivilluftfahrzeuge zu bekräftigen –

1. beschließt, daß es deshalb wünschenswert ist, das am 7. Dezember 1944 in Chicago beschlossene Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt zu ändern,

2. genehmigt gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 Absatz a des vorgenannten Abkommens den folgenden Vorschlag einer Änderung des Abkommens:

Nach Artikel 3 ist ein neuer Artikel 3bis einzufügen:

„Artikel 3bis

(a) Die Vertragsstaaten anerkennen, daß sich jeder Staat der Anwendung von Waffen gegen im Flug befindliche Zivilluftfahrzeuge enthalten muß und daß im Fall des Ansteuerns das Leben der Personen an Bord und die Sicherheit des Luftfahrzeugs nicht gefährdet werden dürfen. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als ändere sie in irgendeiner Weise die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Rechte und Pflichten der Staaten.

(b) Die Vertragsstaaten anerkennen, daß jeder Staat in Wahrnehmung seiner Staatshoheit berechtigt ist, die Landung eines Zivilluftfahrzeugs auf einem bestimmten Flughafen zu verlangen, wenn dieses unbefugt sein Hoheitsgebiet überfliegt oder wenn ausreichende Gründe für die Schlußfolgerung vorliegen, daß es zu Zwecken benutzt wird, die mit den Zielen dieses Abkommens unvereinbar sind; er kann einem solchen Luftfahrzeug auch alle sonstigen Anweisungen erteilen, um derartige Verletzungen zu beenden. Zu diesem Zweck können sich die Vertragsstaaten aller geeigneten Mittel bedienen, die im Einklang mit den einschlägigen Regeln des Völkerrechts stehen, einschließlich der einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens, insbesondere mit Absatz a dieses Artikels. Jeder Vertragsstaat erklärt sich einverstanden, seine geltenden Vorschriften über das Abfangen von Zivilluftfahrzeugen zu veröffentlichen.

(c) Jedes Zivilluftfahrzeug hat eine in Übereinstimmung mit Absatz b dieses Artikels erteilte Anweisung zu

end each contracting State shall establish all necessary provisions in its national laws or regulations to make such compliance mandatory for any civil aircraft registered in that State or operated by an operator who has his principal place of business or permanent residence in that State. Each contracting State shall make any violation of such applicable laws or regulations punishable by severe penalties and shall submit the case to its competent authorities in accordance with its laws or regulations.

(d) Each contracting State shall take appropriate measures to prohibit the deliberate use of any civil aircraft registered in that State or operated by an operator who has his principal place of business or permanent residence in that State for any purpose inconsistent with the aims of this Convention. This provision shall not affect paragraph (a) or derogate from paragraphs (b) and (c) of this Article.",

3. Specifies, pursuant to the provision of the said Article 94 (a) of the said Convention, one hundred and two as the number of contracting States upon whose ratification the proposed amendment aforesaid shall come into force, and

4. Resolves that the Secretary General of the International Civil Aviation Organization draw up a Protocol, in the English, French, Russian and Spanish languages, each of which shall be of equal authenticity, embodying the proposed amendment above-mentioned and the matter hereinafter appearing:

a) The Protocol shall be signed by the President of the Assembly and its Secretary General.

b) The Protocol shall be open to ratification by any State which has ratified or adhered to the said Convention on International Civil Aviation.

c) The instruments of ratification shall be deposited with the International Civil Aviation Organization.

d) The Protocol shall come into force in respect of the States which have ratified it on the date on which the one hundred and second instrument of ratification is so deposited.

e) The Secretary General shall immediately notify all contracting States of the date of deposit of each ratification of the Protocol.

chaque État contractant prend toutes les mesures nécessaires dans ses lois ou règlements nationaux pour faire obligation à tout aéronef immatriculé dans ledit État ou utilisé par un exploitant qui a le siège principal de son exploitation ou sa résidence permanente dans ledit État de se conformer à cet ordre. Chaque État contractant rend toute violation de ces lois ou règlements applicables passible de sanctions sévères et soumet l'affaire à ses autorités compétentes conformément à son droit interne.

d) Chaque État contractant prendra des mesures appropriées pour interdire l'emploi délibéré de tout aéronef civil immatriculé dans ledit État ou utilisé par un exploitant qui a le siège principal de son exploitation ou sa résidence permanente dans ledit État à des fins incompatibles avec les buts de la présente Convention. Cette disposition ne porte pas atteinte à l'alinéa a) et ne déroge pas aux alinéas b) et c) du présent article.»,

3. Fixe, conformément à la disposition dudit article 94, alinéa a), de ladite Convention, à cent deux le nombre d'États contractants dont la ratification est nécessaire à l'entrée en vigueur dudit amendement, et

4. Décide que le Secrétaire général de l'Organisation de l'Aviation civile internationale établira en langues française, anglaise, espagnole et russe, chacune faisant également foi, un protocole concernant l'amendement précité et comprenant les dispositions ci-dessous:

a) Le protocole sera signé par le Président et le Secrétaire général de l'Assemblée.

b) Le protocole sera ouvert à la ratification de tout État qui aura ratifié la Convention relative à l'Aviation civile internationale ou y aura adhéré.

c) Les instruments de ratification seront déposés auprès de l'Organisation de l'Aviation civile internationale.

d) Le protocole entrera en vigueur à l'égard des États qui l'auront ratifié le jour du dépôt du cent deuxième instrument de ratification.

e) Le Secrétaire général notifiera immédiatement à tous les États contractants la date du dépôt de chaque instrument de ratification du protocole.

befolgen. Zu diesem Zweck nimmt jeder Vertragsstaat alle erforderlichen Bestimmungen in seine nationalen Gesetze oder Vorschriften auf, um eine derartige Befolgung für alle Zivilluftfahrzeuge verbindlich zu machen, die in diesem Staat eingetragen sind oder von einem Halter betrieben werden, der seinen Hauptgeschäftssitz oder seinen ständigen Aufenthalt in diesem Staat hat. Jeder Vertragsstaat unterwirft jegliche Verletzung dieser anzuwendenden Gesetze oder Vorschriften schweren Sanktionen und unterbreitet den Fall seinen zuständigen Behörden gemäß seinen Gesetzen oder Vorschriften.

(d) Jeder Vertragsstaat trifft geeignete Maßnahmen im Hinblick auf ein Verbot der vorsätzlichen Verwendung eines Zivilluftfahrzeugs, das in diesem Staat eingetragen ist oder von einem Halter betrieben wird, der seinen Hauptgeschäftssitz oder seinen ständigen Aufenthalt in diesem Staat hat, für Zwecke, die mit den Zielen dieses Abkommens unvereinbar sind. Diese Bestimmung läßt Absatz a unberührt und schränkt die Absätze b und c dieses Artikels nicht ein.",

3. setzt aufgrund der Bestimmung des genannten Artikels 94 Absatz a des besagten Abkommens die Anzahl der Vertragsstaaten, nach deren Ratifikation der vorgenannte Änderungsvorschlag in Kraft tritt, auf einhundertzwei fest und

4. beschließt, daß der Generalsekretär der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, ein Protokoll abfassen soll, das den oben genannten Änderungsvorschlag und die nachstehenden Bestimmungen enthält:

a) Das Protokoll wird vom Präsidenten der Versammlung und ihrem Generalsekretär unterzeichnet.

b) Das Protokoll steht jedem Staat, der das besagte Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt ratifiziert hat oder ihm beigetreten ist, zur Ratifikation offen.

c) Die Ratifikationsurkunden werden bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation hinterlegt.

d) Das Protokoll tritt für die Staaten, die es ratifiziert haben, mit dem Zeitpunkt der Hinterlegung der einhundertzweiten Ratifikationsurkunde in Kraft.

e) Der Generalsekretär notifiziert unverzüglich allen Vertragsstaaten den Zeitpunkt der Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde zu dem Protokoll.

f) The Secretary General shall notify all States parties to the said Convention of the date on which the Protocol comes into force.

g) With respect to any contracting State ratifying the Protocol after the date aforesaid, the Protocol shall come into force upon deposit of its instrument of ratification with the International Civil Aviation Organization.

Consequently, pursuant to the aforesaid action of the Assembly,

This Protocol has been drawn up by the Secretary General of the Organization.

In witness whereof, the President and the Secretary General of the aforesaid Twenty-fifth Session (Extraordinary) of the Assembly of the International Civil Aviation Organization, being authorized thereto by the Assembly, sign this Protocol.

Done at Montreal on the 10th day of May of the year one thousand nine hundred and eighty-four, in a single document in the English, French, Russian and Spanish languages, each text being equally authentic. This Protocol shall remain deposited in the archives of the International Civil Aviation Organization, and certified copies thereof shall be transmitted by the Secretary General of the Organization to all States parties to the Convention on International Civil Aviation done at Chicago on the seventh day of December 1944.

f) Le Secrétaire général notifiera immédiatement à tous les États qui sont parties à ladite Convention la date à laquelle ledit protocole entrera en vigueur.

g) Le protocole entrera en vigueur, à l'égard de tout État contractant qui l'aura ratifié après la date précitée, dès que cet État aura déposé son instrument de ratification auprès de l'Organisation de l'Aviation civile internationale.

En conséquence, conformément à la décision ci-dessus de l'Assemblée,

Le présent protocole a été établi par le Secrétaire général de l'Organisation.

En foi de quoi, le Président et le Secrétaire général de la vingt-cinquième session (extraordinaire) de l'Assemblée de l'Organisation de l'Aviation civile internationale, dûment autorisés à cet effet par l'Assemblée, ont apposé leur signature au présent protocole.

Fait à Montréal le 10 mai de l'an mil neuf cent quatre-vingt-quatre, en un seul document dans les langues française, anglaise, espagnole et russe, chacun des textes faisant également foi. Le présent protocole sera déposé dans les archives de l'Organisation de l'Aviation civile internationale et des copies certifiées conformes seront transmises par le Secrétaire général de l'Organisation à tous les États parties à la Convention relative à l'Aviation civile internationale faite à Chicago le 7 décembre 1944.

f) Der Generalsekretär notifiziert unverzüglich allen Vertragsstaaten des besagten Abkommens den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Protokolls.

g) Für jeden Vertragsstaat, der das Protokoll nach dem vorgenannten Zeitpunkt ratifiziert, tritt es mit der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation in Kraft.

Infolgedessen, aufgrund des vorgenannten Beschlusses der Versammlung,

wurde dieses Protokoll vom Generalsekretär der Organisation abgefaßt.

Zu Urkund dessen unterzeichnen der Präsident und der Generalsekretär der vorgenannten fünfundzwanzigsten (außerordentlichen) Tagung der Versammlung der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation, von der Versammlung hierzu bevollmächtigt, dieses Protokoll.

Geschehen zu Montreal am 10. Mai 1984 in einer einzigen Urkunde in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Dieses Protokoll wird im Archiv der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation hinterlegt; beglaubigte Abschriften hiervon werden vom Generalsekretär der Organisation allen Vertragsstaaten des am 7. Dezember 1944 in Chicago beschlossenen Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt übermittelt.

Assad Kotaite
President of the 25th Session
(Extraordinary) of the Assembly
Président de la 25ème session
(extraordinaire) de l'Assemblée
Präsident der 25. (außerordentlichen)
Tagung der Versammlung

Yves Lambert
Secretary General
Secrétaire général
Generalsekretär

Denkschrift zum Änderungsprotokoll

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit dem 8. Juni 1956 Mitglied der Internationalen Zivilluft-Organisation (ICAO). Gegenwärtig gehören dieser Sonderorganisation der Vereinten Nationen 183 Staaten an.

Die Versammlung der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation hat in ihrer 25. (außerordentlichen) Tagung am 10. Mai 1984 als 9. Änderung des ICAO-Abkommens das vorstehende Protokoll beschlossen. Anlaß hierzu war der Abschuß der südkoreanischen Verkehrsmaschine B 747 am 1. September 1983. Die Bemühungen Südkoreas, Japans und der westlichen Staaten, die Anwendung militärischer Gewalt bei Luftraumverletzungen künftig auszuschließen und die Kommunikations- und Koordinierungsverfahren zwischen militärischen und zivilen Luftfahrzeugen bei Identifizierungs- und Ansteuerungsflügen sicher und zuverlässig zu regeln, führten zu einer Sondersitzung des ICAO-Rates im September 1983. Mit einer Entschließung forderte der Rat

a) eine Untersuchung des Vorfalls durch die ICAO und Vorlage eines Zwischenberichts innerhalb von 30 Tagen verbunden mit der Aufforderung an alle in Betracht kommenden Stellen, diese Untersuchung zu unterstützen und

b) die sorgfältige Überprüfung der Anwendung aller ICAO-Vorschriften (die diesen Vorfall betreffen) und die Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen, um künftige Ereignisse ähnlicher Art zu vermeiden.

Außerdem wurde das Arbeitsprogramm der ICAO erweitert, um eine Ergänzung des ICAO-Abkommens durch Paraphierung eines Verzichts auf Anwendung militärischer Gewalt gegen Zivilluftfahrzeuge vorzubereiten und zu deren Verabschiedung eine Sondersitzung der ICAO-Vollversammlung im ersten Quartal 1984 einzuberufen. Für ein Verbot der Anwendung militärischer Gewalt gegen Zivilluftfahrzeuge lagen der ICAO-Vollversammlung mehrere Lösungsvorschläge vor, die sich im wesentlichen dadurch unterschieden, daß entweder

- das bestehende ICAO-Abkommen entsprechend ergänzt oder
- eine gesonderte Konvention vereinbart werden sollte,

und zwar mit oder ohne Androhung von Sanktionen gegenüber einem Staat, der ein entsprechendes Gebot verletzt. Mehrheitlich hat sich dann die Auffassung durchgesetzt, die ICAO-Konvention ohne Sanktionsbewehrung entsprechend dem vorgelegten Protokoll als eine dem weltweiten Schutz des zivilen Luftverkehrs allgemein dienende Maßnahme zu ergänzen.

II. Besonderes

Der Ergänzungsbeschluß ist in dem vorstehenden Protokoll vom 10. Mai 1984 enthalten, das vom Präsidenten der Versammlung und dem Generalsekretär der ICAO unterzeichnet und zur Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten der ICAO aufgelegt wurde. Das Protokoll tritt zwischen den Staaten, die es ratifiziert haben, an dem Tage in Kraft, an dem die 102. Ratifikationsurkunde bei der ICAO hinterlegt wird. Für jeden weiteren Staat tritt das Protokoll mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde bei der ICAO in Kraft. Bisher sind 75 Urkunden hinterlegt worden.



Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 527336 7.95
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333